

Zoff bei 8. Gemeinderatssitzung

Geschrieben von: joerg paeller

Freitag, den 17. Juni 2016 um 23:39 Uhr - Aktualisiert Sonntag, den 19. Juni 2016 um 08:27 Uhr

Die [8. Gemeinderatssitzung vom 16.06.2016](#) hier als Erlebnisbericht eines Stückes gelebten Parlamentarismus. (*kursiv sind meine Kommentare*)



So eröffnete die Ortsbürgermeisterin Gr. Ilsedes und 2. stellvertretende Ratsvorsitzende Ilse Schulz (FBI) bereits sehr straff und rigide die Sitzung, man habe ja in Anbetracht des kommenden Fußballspieles abends noch was vor.

Schnell kam sie zur Genehmigung der Niederschriften der 6. und 7. Sitzung, vom 10.12. letzten Jahres (*ja, das ist mittlerweile ein halbes Jahr her!*) und 17.03.2016 (*ja, ein viertel Jahr und ist bis heute im sogenannten Bürgerinformationssystem nicht öffentlich einsehbar!*), um dann zum Tagesordnungspunkt (TOP) Bericht des Bürgermeisters zu kommen:

Hier berichtete Otto-Heinz Fründt vom Geschehen der letzten 3 Monate.

So habe die letzten Tage (*ja, Juni 2016*) das Rechnungsprüfungsamt das Jahr 2011 (damals noch unter BM Brandes) kontrolliert, danach werde die Eröffnungsbilanz Alt-Lahstedt geprüft werden, als auch die 2013er Bilanz des Zweckverbandes.

Am 24. Mai hat das Land Niedersachsen die Gemeinde mit vielen Fördermitteln bedacht: Wie in der [PAZ bereits kommuniziert](#) : [Dorferneuerung Oberg](#) mit 787.000€ (somit derzeit 73% Gesamtförderung) und für die Schulfeldumgestaltung stehen Fördermittel von 231.000€ bereit (wohl 68% Gesamtförderung, plus Vorschußmittel, hieße einen verbleibenden Gemeindanteil von ca 5%).

Zoff bei 8. Gemeinderatssitzung

Geschrieben von: joerg paeller

Freitag, den 17. Juni 2016 um 23:39 Uhr - Aktualisiert Sonntag, den 19. Juni 2016 um 08:27 Uhr

In Solschen würde der Telekommunikationsanbieter htp wohl investieren und ab Mrz 2017 eine Breitbandanbindung anbieten können.

In Adenstedt, Gr. Bülten, Gr. Lafferde und Gr. Ilsede bis zur Bahnlinie würde die T-Com durch Einsatz des (*umstrittenen*) DSL-Vectoring Durchsatzraten von 25-50 Mbit/s erreichen wollen. (*Ich dagegen vermute: so favorisiert die T-Com Vectoring womöglich, um den Datendurchsatz auf den alten Kupferadern zu erhöhen, nicht in Glasfaser investieren zu müssen, und*

[gleichzeitig](#)

[die eigenen](#)

[Leitungen dadurch](#)

[den Mitbewerbern](#)

zu verwehren. Durch Vectoring sollten eigentlich die 50Mbit/s-Leitungen auf 100Mbit/s-Leitungen aufgebohrt werden. Hier wird also nur auf 25-50 Mbit/s beschleunigt werden.

)

In Oberg sollen beim Straßenbau Leer-Rohre mitverlegt werden, es würden dann also nur noch Gadenstedt und Münstedt fehlen, (*um das Versprechen der Bundesregierung [bis 2018 jeden](#)*

[Haushalt](#)

[50Mbit/s anzubinden](#)

[mit](#)

, einzuhalten

).

Ach ja, und die von der Gemeinde ursprünglich vorgesehenen 50.000€ für Planungskosten Internet werden allerdings nicht mehr verfügbar sein, da der Kreis Peine unbemerkt ein ähnliches Projekt auf den Weg gebracht hatte, und durch das Land keine Doppelprojektförderung möglich sei. Daher plant die Gemeinde ihren Förderbescheid zurückzugeben, zugunsten des LK Peine.

Zur Bürgerfragestunde fragten drei Lafferder Bürgerinnen ob, und welche Maßnahmen die Gemeinde treffe, um für die Bürger und Unternehmen attraktiver zu werden. Hier stolperte sich der Bürgermeister dann vage ausweichend mit vielen oochs und äh's durch einige Allgemeinplätze, wie „jaja, wir kümmern uns um Kindergärten und Schulen“, und es „seien viele Dinge im Focus“. Auf Nachfrage nach der Schulentwicklung widerholte er, keinen Zeitplan nennen zu können. Und für die Schule „zu entwickelnde Raumkonzepte seien in Arbeit“. Und Hajo Kloster ergänzte, Raumbelüftungs-Konzepte werden „durch eine Architektin derzeit überprüft“.

Zoff bei 8. Gemeinderatssitzung

Geschrieben von: joerg paeller

Freitag, den 17. Juni 2016 um 23:39 Uhr - Aktualisiert Sonntag, den 19. Juni 2016 um 08:27 Uhr



Den TOP6, den Antrag des Verbot von [Fracking](#) auf dem Gemeindegelände, ergänzte Stefani Weigand (Grüne), daß dieser Antrag wieder

[aktuelle traurige
niedersächsische
Bedeutung
erlange](#)

, bzw daß dieser Antrag in den Fachausschüssen ja mehrheitlich befürwortet wurde. Sie betonte die potentielle gesundheitliche Gefährdung durch fracking, anhand der

[steigenden
Krebsrate
Rothenburg](#)

/

[Wümmes](#)

, und bat um Zustimmung – welche sie aus dem Rat auch einstimmig erhielt (bei 3 Enthaltungen). Ebenfalls die Unterzeichnung der Korbacher Resolution wurde bei 3 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen (im wesentlichen aus dem Lager der CDU) mehrheitlich angenommen.

Zu TOP 7 beschrieb Frank Busse, daß die SPD gerne eine fundierte Analyse der Stellenanforderungen hätte, am Ende sollen die Ergebnisse in den Tagesbetrieb und das Personalmanagement übernommen werden (*anders formuliert würde man sagen, wer ist hier überflüssig, wer kostet nur Geld? REFA läßt grüßen*). Hierfür ist Geld vorhanden, da dieses „extern begleitet werden soll“, angeblich weil man von außen „besser draufschauen kann, als von innen“.

Anders, als im Antragstext wurden noch zwei spezielle Formulierungen („einer optimalen Aufgabenwahrnehmung“) eingefügt, und daß „funktionstechnische Verlagerungen an Dritte, z.B. zum Wasserverband auszunutzen“ sind. (*Juristen werden verstehen, was hier verklausuliert gemeint ist!*)

Heiko Sachtleben (Grüne) meinte, er sähe große Probleme im Finanzbereich und im Baubereich, und diese Personal-Umstellungen seien überfällig, und auch „das, was wir brauchen“.

Zoff bei 8. Gemeinderatssitzung

Geschrieben von: joerg paeller

Freitag, den 17. Juni 2016 um 23:39 Uhr - Aktualisiert Sonntag, den 19. Juni 2016 um 08:27 Uhr

Auch Andreas Leinz (CDU) befürwortete, es sei wichtig, bedingt durch die Fusion zu gucken, „wo effizient zu gestalten sei“.

(Zwar beinhaltet dieses alles unterschwellig die Kritik, daß der amtierende Bürgermeister nicht intern in der Lage sei, eine effiziente Verwaltung aufzustellen, doch) stimmte der Rat einstimmig diesem Projekt zu.

(Meine persönliche Vermutung ist jedoch, daß es hier eher zu Stellen-Ausweitungen kommen wird, die die „prognostizierte Stelleneinsparung durch die Fusion“ konterkarieren wird. Durch Auslagerungen an Dritte soll dieses verschleiert werden. Daher also auch der schwarze Peter nach extern.)

Nun folgten zwei Anträge des aus der SPD ausgetretenen Michael Baum und des aus der FBI ausgetretenen Walter Brandes. [Diese](#) haben sich Gedanken gemacht, daß durch die letztliche Verhinderung des BM Fründt, nur ein übriger Vertreter keine zwei Termine gleichzeitig wahrnehmen konnte. Hier wurde von Michael Baum der Wunsch ausgesprochen, eine Satzungsänderung (eines dritten Vertretungsmandates) in den untergeordneten Ausschüssen zu diskutieren.



Frank Busse (SPD) sah diesen Antrag sehr skeptisch. Als Begründung nannte er: „auch wenn letztlich tatsächlich beide verhindert waren, so können ja auch drei Personen verhindert sein“ (sic!).

Daher stelle er den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung. Eine Gegenrede dazu ließ die Vorsitzende Ilse Schulz nicht zu. Ohne daß der Antrag also auch nur diskutiert wurde, weder zukünftig in den Gremien, noch derzeit im Rat wurde er dann niedergeschmettert bei den zwei Gegenstimmen der Bürgergemeinschaft Brandes/Baum, und 5 Enthaltungen aus dem CDU-Lager. *(Eine Demonstration von Machtpolitik as its best.)*

Zoff bei 8. Gemeinderatssitzung

Geschrieben von: joerg paeller

Freitag, den 17. Juni 2016 um 23:39 Uhr - Aktualisiert Sonntag, den 19. Juni 2016 um 08:27 Uhr

Als zweiten Antrag brachten die beiden Unabhängigen die Idee ein, vielleicht könne man in den untergeordneten Gremien diskutieren, ob es eine Möglichkeit gäbe, die defizitäre Gebläsehalle dem Landkreis anzudienen, und im Gegenzug aus dem Schulbereich das Ilseder Hallenbad zu übernehmen. Dann könne dieses außerhalb der Schulzeiten auch für den privaten Betrieb genutzt werden, und wäre somit eine Bereicherung für die Bevölkerung und den Wohnwert der Gemeinde.



Auch hier stellte Frank Busse (SPD) den GO-Antrag auf Nichtbefassung, lediglich mit der Begründung, weil die SPD das „für Wahlkampfgeklügel halte“.

Entgegen dem aufkommendem Tumult, daß einige Abgeordnete zu diesem (*selbtherrlichen, und Dialog-vernichtenden*

) GO-Antrag der SPD eine Gegenrede halten wollten, ließ die Vorsitzende Ilse Schulz trotz lautem Protest auf etlichen Plätzen im Saal keinerlei Gegen-Reden zu. Sie berief sich auf die Geschäftsordnung, und weder Herr Fründt, noch Herr Kloster, noch Herr Take wiesen sie zurecht. Sie ließ dann burschikos den GO-Antrag auf Nichtbefassung abstimmen: Mit dem Ergebnis, daß mit 8 oder 9 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen auch dieser Diskussionspunkt machtpolitisch stumpf abgewürgt wurde.

Auch eine persönliche Erklärung eines Ratsmitgliedes zu diesem eher un-parlamentarischen (von altfrz. Unterredung, bzw. parler=reden) Verhalten wurde nicht zugelassen und an das Ende der Sitzung verwiesen.

Zügig ging es weiter mit dem TOP 11 - Kita Solschen. (*Zur Erinnerung, hier sollen in Solschen*

[KiTa-Überkapazitäten](#)

aufgebaut werden, um z.B. die selbst erzeugten

[Adenstedter Unterkapazitäten](#)

rechnerisch auszugleichen

)

Zoff bei 8. Gemeinderatssitzung

Geschrieben von: joerg paeller

Freitag, den 17. Juni 2016 um 23:39 Uhr - Aktualisiert Sonntag, den 19. Juni 2016 um 08:27 Uhr

Jörg Gilgen bereitete "für die Bürger" dann auf, daß der Schulausschuß empfahl, die Kita Solschen zu erweitern, da wir „dort einen Fehlbedarf“ die kommenden Jahre haben (*sic!*). Man habe aber auch die KiTa Adenstedt besichtigt, da die kommenden Jahre auch hier ein Fehlbedarf möglich sei (

sic!

). Er meinte (

mal langsam auf der Zunge zergehen lassen

); „daß es dort durchaus Erweiterungsmöglichkeiten gäbe“, man müsse jedoch auch im Auge behalten, „daß die Situation an Krippenplätzen die nächsten Jahre immer drastischer wird, von daher sei die Schaffung von Krippenplätzen ein Punkt, den man nicht vernachlässigen darf.“ Und dieses vor allem, da es für Krippenplätze vom Land ja Zuschüsse gäbe - so J. Gilgen.

Ohne weitere Gegenrede wurde dieser Antrag dann fraktionsübergreifend einstimmig angenommen.

TOP 11, die Ernennung des Ortsbrandmeisters Ilsedes (Uwe Rau) und der TOP 12, der Verzicht auf Einrichtung einer Schwerpunktwehr (*dem [heißen Fusions-Eisen](#)* , der evtl. *Einschränkung der Orts-Feuerwehren*

) gestalteten sich harmonisch einstimmig.

Bei TOP 13, der Aufstellung eines Bebauungsplanes, erläuterte BM Fründt, daß die Gemeinde einen Bauabschnitt erweitern möchte, und den aufkommenden Baustellenverkehr dann gern direkt über die Bundesstraße führen möchte, und nicht durch die anderen Bau- und Wohngebiete (Berliner Ring). Hier sind jedoch die Baukosten eines Kreisels am Gewerbegebiet nicht unerheblich, Er bezifferte sie auf ca 400.000€, zuzüglich Unterhaltungsverpflichtungen von ca 300.000€ die nächsten Jahre.

Dieses wurde einstimmig angenommen.

TOP 14 – Nachtragshaushalt 2016

